

Beschluss

Blaues Wachstum – Unser Weg für Baden-Württemberg

Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Unsere Wirtschaftskraft entsteht, weil Menschen erfolgreich Waren und Dienstleistungen entwickeln und herstellen. Es ist das Ergebnis unzähliger Einzelentscheidungen, die täglich getroffen werden. Leistungsbereitschaft, Kreativität, Innovationskraft und der Fortschrittswille von Arbeitnehmern und Unternehmern sind die Grundlage für jenen wirtschaftlichen Erfolg, der zu diesem Wachstum führt. Aufgabe der Politik ist es, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit aus individuellen Anstrengungen wirtschaftlicher Erfolg entstehen kann. Wirtschaftswachstum ist für Liberale kein Selbstzweck, aber eine entscheidende Grundlage unseres Wohlstandes. Es unter Berücksichtigung der Anforderungen von Nachhaltigkeit zu ermöglichen, ist darum ein Grundprinzip liberaler Politik. Diesen Anforderungen trägt die soziale Marktwirtschaft Rechnung, für die Liberale immer gekämpft haben.

Dieses Wachstum darf nie seine eigenen Grundlagen gefährden oder nur einzelnen Generationen zugänglich sein. Es ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, dass heutiges Handeln nicht die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen mindert. Deswegen fordert die FDP Baden-Württemberg eine Politik der Langfristigkeit ein, die politisches und wirtschaftliches Handeln an einem umfassenden Nachhaltigkeitsverständnis ausrichtet. Dabei müssen die wirtschaftlichen – inklusive der finanziellen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des heutigen Handelns für zukünftige Generationen berücksichtigt werden.

Die häufige Verengung auf rein ökologische Aspekte hat der Nachhaltigkeit einen Bärendienst erwiesen. Wer die wirtschaftliche bzw. finanzielle und soziale Dimension von Nachhaltigkeit aus dem Blick verliert, gefährdet damit letztendlich auch die Grundlage für eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit. Würde die Politik beispielsweise zulassen, dass die Bezahlbarkeit von Energie zur sozialen Frage des Jahrhunderts wird, dann verspielt sie am Ende die Akzeptanz für den ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit.

Wir wollen darum eine ganzheitliche und systemisch strukturierte Nachhaltigkeitspolitik. Unser Anspruch ist, es in Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu denken. Nachteile können sich so als Vorteile erweisen, und die Abfälle eines Produkts sind möglicherweise die Ressourcen für ein anderes Gut. Erst dieses ganzheitliche Nachhaltigkeitsverständnis ermöglicht es uns, den anstehenden Herausforderungen tatsächlich gerecht zu werden. Aufbauend darauf wird ein nachhaltiges, systemisch intelligentes und verantwortungsbewusstes Wachstum erzielt. Ein solches Wachstum, welches diesen echten Nachhaltigkeitskriterien verpflichtet ist, nennen wir „blaues Wachstum“.

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTT GART

Die Herausforderungen, denen das Blaue Wachstum gegenübersteht, sind vielfältig.

Besonders die ökologischen Herausforderungen der Nachhaltigkeit steigen im Wesentlichen parallel zur der Anzahl der Weltbevölkerung. Während 1950 noch etwa 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde lebten, sind es heute 7,2 Milliarden. Bis 2050 wird die Zahl der Weltbevölkerung auf 9,3 Milliarden Menschen geschätzt.

Die steigende Zahl der Weltbevölkerung spiegelt sich im Gebrauch- und Verbrauch der Umweltgüter wieder. Am präsentesten ist die Diskussion über die Grenzen der Umweltbelastung im Beispiel des Klimawandels. Aber auch andere Güter, wie das ökologische Gleichgewicht der Weltmeere, stehen kurz vor der Überlastung durch den Menschen.

Wir wissen, dass sich die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen nicht allein national lösen lassen.

Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich jedoch als politische Kraft in einer der wirtschaftlich und technologisch stärksten Regionen der Welt zu der Vorbildfunktion, die unsere Region im Bereich der Nachhaltigkeit innerhalb der Weltgemeinschaft einnimmt und einnehmen kann.

Die Frage, die aktuell diskutiert werden muss ist, wie Baden-Württemberg seiner Vorbildfunktion gerecht werden kann.

Anschaulich kann dies am Bereich der Energiewirtschaft betrachtet werden. Dem Einfluss Baden-Württembergs auf das Weltklima sind naturgemäß zunächst enge Grenzen gesetzt. Ein signifikanter Beitrag zum Klimaschutz kann deshalb nur die Schaffung einer wirtschaftlich sinnvollen Energiewende sein, die aufgrund günstiger Energiekosten weltweit zur Nachahmung einlädt. Für einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende müssen dabei die natürlichen und regional verschiedenen Stärken und Schwächen betrachtet werden. Für Baden-Württemberg sehen wir diesen sinnvollen Beitrag im Bereich der Innovation und Hochtechnologie. Darüber hinaus kann Baden-Württemberg verstärkt eine Vorbildrolle bei der effizienten Anwendung von Strom wie auch Wärmeenergie einnehmen. Energieeffizienz ist ausdrücklich Teil des blauen Wachstums.

Die Deutschen machen nur etwa 1% der Weltbevölkerung aus, nutzen 2,3% der Flächen und verursachen rund 2% der klimaschädlichen Emissionen als Beispiel einer Umweltnutzung. Eine nationale Verzichtspolitik wird damit keine direkte Wirkung auf die globalen Herausforderungen haben.

Aufgrund der steigenden Zahl der Weltbevölkerung ist ein Wachstumsprozess im Bereich der Ernährung, des Wohnens, der Gesundheitsfürsorge, Mobilität und Bildung unausweichlich, wenn wir eine humanitäre Katastrophe vermeiden wollen. Gleichwohl gilt es, dieses Wachstum nachhaltig zu gestalten. Mit den heutigen technischen Mitteln scheint dieses nicht ohne Überlastung bspw. der Atmosphäre mit klimaschädlichen Emissionen möglich.

Eine Formel, die Belastungsgrenzen der Umwelt mit einem begrenzten Wachstum gleichsetzt, unterschätzt jedoch die Innovationskraft des Menschen. Die Entwicklungsgeschichte zeigt, dass Menschen mit Innovationen, mit Kreativität und Fortschrittswillen immer wieder in der Lage waren, scheinbar vorhandene Grenzen des Machbaren zu verschieben, Produkte zu verbessern und Innovationen zu entwickeln, die die Welt zum Besseren verändert haben. Wir Liberale zweifeln

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTT GART

nicht daran, dass Menschen auch in Zukunft über sich hinaus wachsen und diese Herausforderungen annehmen.

Das lässt sich anhand vieler positiver Beispiele unterstreichen, bei denen Menschen Bedrohungen erkannt und durch geeignete Maßnahmen reagiert haben. So beginnt sich zum Beispiel die Ozonschicht wieder zu erholen, weil die schädlichen FCKW durch andere Substanzen substituiert werden konnten. Saurer Regen, bodennahes Ozon und weitere schädliche Auswirkungen von Emissionen aus dem Verkehrs- und Kraftwerkspark konnten durch die Entwicklung neuer Reinigungs- und zum Teil hoch spezifischer Katalysatorsysteme aktiv bekämpft werden. Und auch der Schutz unserer Böden und Gewässer wurden zum Beispiel durch den Einsatz neuer Düngemittel- und Düngemethoden sowie den Verzicht auf schädliche Chemikalien verbessert.

Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland unterscheiden sich elementar von denen anderer Länder auf der Welt. So wird unsere Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2060 deutlich zurückgehen, es wird doppelt so viel ältere Menschen geben als Junge. Global gesehen wird die Bevölkerung steigen, die jungen Menschen auf der Welt werden das politische Handeln dominieren. Wie diese - meist ärmeren Menschen - denken, was sie erreichen wollen, wie sie leben und nach welchen gesellschaftlichen Normen sie handeln, ist für uns meist nur schwer oder gar nicht nachvollziehbar. An vielen außenpolitischen Beispielen der jüngsten Vergangenheit zeigt sich, dass sich unsere ethischen Ansprüche auch nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen lassen.

So kam auch die Enquetekommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ 2013 zu dem Schluss, dass die Wirkung der Vorreiterrolle Deutschlands zunächst noch wissenschaftlich erforscht werden muss. Gleichwohl müssen die ökologischen Herausforderungen des Bevölkerungswachstums rasch angegangen werden.

Unser politischer Ansatz des Blauen Wachstums zielt in die Richtung, dass Ökologisches Handeln für alle Menschen attraktiv werden muss, indem es alle Aspekte der Nachhaltigkeit -auch die ökonomischen und sozialen umfasst.

Der Erfindergeist, welcher bisher geglaubte Grenzen überwunden hat, muss auch die künftigen Herausforderungen angehen können. Dies setzt voraus, dass die bei uns entwickelten Produkte, Anlagen und Verfahren auf den Weltmärkten bestehen können und zur Anwendung kommen. Nur wenn alle drei Säulen der Nachhaltigkeit eingehalten werden, sie Vorteile für die Menschen auch in den sozialen und ökonomischen Bereichen bringen und gleichzeitig eine positive ökologische Wirkung haben, werden die jungen Menschen in anderen Ländern unser modernen Produkte anwenden. Blaues Wachstum bedeutet, dass die global wachsende Bevölkerung mit neuen Techniken ökologische Grenzen überwindet um allen Menschen ein angemessenes Leben zu ermöglichen. Baden-Württemberg, das Land der Tüftler und Erfinder, der Schaffer und des Mittelstands kann mit seinen Unternehmen hierbei einen wichtigen Beitrag leisten.

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTT GART

Die FDP Baden-Württemberg will für ein blaues Wachstum in Baden-Württemberg folgendes umsetzen:

Bildung und Forschung als zentrale Ressource in unserem Land:

- Förderung der Forschungslandschaft Baden-Württemberg ohne ideologische Scheuklappen. Beispielsweise auch Grüne Gentechnik (Goldener Reis als soziale Verantwortung) und Kernfusion.
- Eine steuerliche Absetzbarkeit der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Unternehmen, um hier Investitionen zu erleichtern.
- Weiterer Ausbau internationaler Kooperationen im Bereich Innovationen zur gegenseitigen Befruchtung.
- Stärkung der Cluster-Bildung und Verbesserung der Unterstützung im Gründerbereich.
- Ideologiefreie Schule und das Vertrauen in Wirtschaft und Technik stärken.
- Leistungsbereitschaft fördern und vorleben.
- Stärkung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen zur Verbesserung der Ausbildungsreife.
- Weiterentwicklung und Förderung für Zusatz- und Doppelqualifikationen an den Berufsschulen.
- Festhalten an der Meisterpflicht als Grundlage der guten Stellung des Handwerks in Deutschland.
- Aufstellung eines Landesprogramms zur Fachkräftegewinnung.
- Bundesratsinitiative zur Absenkung der Mindesteinkommen für den Zuzug von Fachkräften.
- Entbürokratisierung der Anerkennungsverfahren bei Ausländischen Bildungsabschlüssen.
- Nur ein Ansprechpartner in den Willkommenszentren für alle Fragen rund um die Migration.
- Bundesratsinitiative für ein Punktesystem für eine gerechte Zuwanderung von Hochqualifizierten und Fachkräften.

Eine nachhaltige Energiepolitik für Mensch und Wirtschaft:

- Beendigung der Subventionen für die Windkraft in Baden-Württemberg als windschwächstem Bundesland in Deutschland. Diese Anstrengungen und Investitionen sind in Energieeffizienz besser angelegt.
- Oligopole in der Energiewirtschaft sind aus ordoliberalen Sicht als kritisch anzusehen. Ein funktionierender Markt mit vielen Wettbewerbern ermöglicht Innovation und sorgt für neue dezentrale Möglichkeiten der Energieversorgung.
- E-Mobilität ist keine Zukunftsmusik mehr, sondern stellt einen gewaltigen Wachstumsmarkt dar, der auf geeignete politische Rahmenbedingungen treffen muss.

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTT GART

- Das nach wie vor gewaltige Potenzial bei der energetischen Gebäudesanierung muss konsequent genutzt werden.
- Der Einsatz von Mikro-BHKW und der Einsatz von Nah- und Fernwärmenetzen sind weiterhin zu fördern. Einen Anschlusszwang lehnen wir aber ab.
- Energieeffizienzprogramme öffentlicher Förderbanken fortführen und vereinfachen.
- Energieeffizienzforschung und Innovation stärken, etwa zur intelligenten Speicherung und Lastverschiebung.
- Dezentrale Netze und, wo nötig, Stromtrassen innerhalb Deutschlands und in das europäische Ausland zügig ausbauen, um den vielen neuen Standorten der Energieerzeugung besser Rechnung zu tragen, den Wettbewerb der Anbieter zu fördern und die Versorgungssicherheit zu erhalten. Über den Bundesrat die Planwirtschaft des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beenden und ein marktwirtschaftliches Strommarktdesign etablieren.
- Einen aus Gründen der Versorgungssicherheit möglicherweise erforderlichen Vergütungsmechanismus für die Bereitstellung gesicherter Kraftwerksleistung ebenfalls nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalten. Kein planwirtschaftlicher und zentralistischer Kapazitätsmarkt!
- Das Setzen wirtschaftlicher Anreize ist sinnvoller als der Aufbau gesetzlicher Pflichten und deren bürokratische Kontrolle. Starre Pflichtanteile an erneuerbarer Energien etwa bei der Wärmeversorgung als Sanierungsbremsen beseitigen.
- Energieberatung vor Ort fördern.
- Erdgas- und Wasserstoffmobilität weiter fördern, keine einseitige Festlegung auf stromspeicherbasierte Elektromobilität.
- Steuerliche Absetzbarkeit der Energetischen Sanierung endlich umsetzen.
- Den EU-Emissionshandel auf europäischer und globaler Ebene erweitern, z.B. durch Einbindung außereuropäischer Drittstaaten, und die erlaubte Emissionsmenge ab 2020 mit ambitionierten Zielen reduzieren.

Blaues Wachstum erfordert Innovationen:

- Die „Industry-on-Campus“-Kooperation mit Kleinen und mittleren Unternehmen verbessern und ausweiten.
- Den Innovationsrats wieder einsetzen und seine bis 2011 gemachten Empfehlungen aufgreifen.
- Die direkte Innovationsförderungen (Innovationsgutscheine, Sonderinvestitionen in wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen und „Junge Innovatoren“) aufstocken.
- Im Gesundheitsbereich innovative Versorgungsmodelle und Telemedizin unter Wahrung des Datenschutzes ausbauen, um gerade im ländlichen Bereich eine gute Versorgung sicherstellen zu können.
- Rechtliche Möglichkeiten institutioneller Anleger zur Investition in Hightech-Unternehmen zum Beispiel im Biotechnologie- und Medizintechnikbereich eröffnen, um Kapital für risikobehaftete, langwierige Entwicklungen zu mobilisieren."

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTT GART

Nachhaltigkeit in den Finanzen, Steuerpolitik, die Wachstum nicht ausbremst:

- Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung und Umsetzung bereits in 2016.
- Die Einsparungen, die aufgrund niedriger Zinsen erzielt werden, sind ausschließlich für die Schuldentilgung einzusetzen.
- Zukunfts-Investitionsoffensive für Baden-Württemberg in der Höhe von einer Milliarde für Infrastruktur in Verkehr und Breitband. Entnahme der Mittel aus der „Landesstiftung Baden-Württemberg“.
- Verzicht auf Landesbeteiligungen bei der LBBW. Prüfung der Sinnhaftigkeit weiterer Landesbeteiligungen.
- Mittelfristige Veräußerung der EnBW-Anteile nach erfolgreicher Restrukturierung.
- Beitritt zur Klage von Bayern und Hessen gegen den ungerechten, leistungsfeindlichen Länderfinanzausgleich.
- Absenkung der von Grün-Rot angehobenen Grunderwerbssteuer, da diese eine besondere Belastung für junge Familien und Fachkräfte darstellt.
- Bundesratsinitiativen zur Abschaffung der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags, zur Übertragung der Gesetzgebungskompetenzen bei Vermögens-, Erbschafts- und Grundsteuer auf die Länder.
- Bei der anstehenden Reform der Grundsteuer sind die Häuser aus der Bemessungsgrundlage zu entlassen, damit nur noch der Bodenwert besteuert wird. Das dient nicht nur ganz entscheidend der Verwaltungsvereinfachung (Einheitswertproblem), sondern beseitigt auch eine Investitionsstrafe, weil bisher mit der Bebauung die Steuerlast steigt.

Leistungsfähige Infrastruktur und Verkehrsverbindungen ohne Dauerstau um moderne Mobilität im Land für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gewährleisten:

- Konkret den Investitionsstau auf der Straße angehen: Im Rahmen unserer Zukunfts-Investitionsoffensive 150 Mio Euro jedes Jahr für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur. Wir wollen auch dort helfen, wo die aktuelle Regierung die Menschen mit ihren Problemen alleine lässt. Wir gehen neben der dringenden Brückensanierung mit den Menschen vor Ort in der ersten Tranche folgende Projekte angehen:
Den Ausbau der L 1115 zwischen Mundelsheim und Backnang (56,5 Mio. Euro). An der L 230 die Ortsumgehungen Böttingen (5,0 Mio. Euro), Magolsheim sowie Breithülen (10,9 Mio. Euro). Die Ortsumfahrungen Maulbronn (2,0 Mio. Euro), Wiernsheim-Pinache (3,0 Mio. Euro) und Heimsheim (4,0 Mio. Euro) sowie die Querspange zwischen der L 395 und der Anschlussstelle Horb (1,5 Mio. Euro) sowie die Ortsumfahrung Glatten der L 406 (2,8 Mio. Euro). Die Ortsumgehung Nendingen (10,10 Mio. Euro) sowie die Nordanbindung von Riethem (4,10 Mio. Euro) wie auch den Ausbau der L597/Neckarbrücke (23 Mio Euro) als erste Schritte. Weitere werden wir zur Diskussion stellen.
- Neukonzeption der Maßnahmenliste für Landesstraßen vornehmen, wieder hin zu Prioritäten für Verkehrsfluss und Kosten-Nutzen-Analysen.
- Die Mittel für Brückensanierung, die der Bund bereitstellt, auch voll ausschöpfen.
- Telematikausbau inklusive „Intelligenter Straße“ fördern.
- Intermodaler Güterverkehr ausbauen, z.B. Güterverkehrsterminal im Logistik-Leistungszentrum Lahr.

112. LANDESPARTEITAG AM 5. JANUAR 2015 IN STUTTGART

- Intelligente Ampelschaltungen helfen den Verkehrsfluss zu verbessern.
- Verhandlungen mit dem Bund für Vorfinanzierung von absolut dringenden Straßenbauprojekten aufnehmen, damit mutwillig aufgeschobene Projekte endlich beginnen können.
- Keine europäische Industriepolitik im Verkehrsbereich durch die Hintertür der Umweltgesetzgebung zulassen, diese treibt nur die Produktion in unregulierte Staaten.
- Im Rahmen der Zukunfts-Investitionsoffensive die Aufstockung der Breitbandinitiative des Landes um jährlich 25 Millionen auf 56 Millionen Euro, damit bis 2018 eine flächendeckende Internetversorgung mit einer Bandbreite von 50 Megabit pro Sekunde erreicht werden kann sowie
- Anhebung des maximalen Einzelförderbetrags der Breitbandinitiative des Landes von 750.000 € auf bis zu 1,5 Millionen €, damit auch hohe Wirtschaftlichkeitslücken bei Investitionen in hochleistungsfähige Glasfaserverbindungen in ländlichen Gebieten im Schwarzwald, Oberschwaben und Odenwald zeitnah geschlossen werden können.